

Michael Holz/Dr. Annette Icks, IfM Bonn

Dauer und Kosten von administrativen Gründungsverfahren in Deutschland und im europäischen Vergleich

Einleitung

Die Stärkung der Gründungsneigung ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in den EU-Mitgliedstaaten erklärtes Ziel. Trotz zahlreicher Unterstützungsmaßnahmen durch den Staat existieren weiterhin Hemmnisse im Umfeld von Existenzgründungen. Hierbei handelt es sich weniger um ein fehlendes Informations- und Beratungsangebot; dies ist in ausreichendem Maße vorhanden. Es bestehen vielmehr Hemmnisse, wenn es um die Erfüllung administrativer Vorschriften und formaler Anforderungen geht. Trotz langjähriger Bemühungen wird häufig immer noch kritisiert, dass viele Verwaltungsprozesse zu lange dauern, zu hohe Kosten verursachen und intransparent sind. Es gilt also nach Möglichkeiten und Lösungen zu suchen, die die bürokratischen Hürden einer Unternehmensgründung verringern.

Zielvorgaben des Europäischen Rates zur Beschleunigung von Gründungsvorhaben

Zur Förderung des Unternehmergeistes durch die Verringerung des Verwaltungsaufwands forderte daher der Europäische Rat von Lissabon im Rahmen des neuen offenen Koordinierungsverfahrens ein formales Programm für vergleichende Messungen des zeitlichen und finanziellen Aufwandes, der bei der Gründung eines Unternehmens anfällt. Hierzu formulierte er im März 2006 konkrete Zielvorgaben:

- Die Mitgliedstaaten sollen bis Ende 2007 geeignete Maßnahmen treffen, um die Gründungsdauer im Durchschnitt möglichst auf fünf Werktage zu reduzieren.

- Die Gebühren für die Gründung sollten so niedrig wie möglich sein und 800,- € nicht überschreiten.

- Die Mitgliedstaaten sollen zentrale Anlaufstellen für eine schnelle und einfache Gründung einrichten.

Um eine Vergleichbarkeit der Gründungsaktivitäten in den einzelnen Staaten zu gewährleisten, definierte die Europäische Kommission fünf idealtypische Unternehmen, die in der Rechtsform einer GmbH gegründet werden sollen: Hersteller von Stahl und Metalllegierungen, IT-Unternehmen, Hotel mit Restaurant ohne Alkoholausschank an Nicht-Hotelgäste, Installateur, Lebensmittelgroßhandelsunternehmen. Die Mitgliedsstaaten der EU sollten für jedes dieser Unternehmen die erforderlichen Gründungsprozesse bestimmen, die Gründungsdauer berechnen und die mit der Gründung verbundenen Kosten ermitteln.

Ergebnisse der Messung von Gründungsdauern und -kosten

Die Untersuchungsergebnisse des IfM Bonn basieren auf ausführlichen, fragebogengestützten Experteninterviews mit allen am Gründungsprozess beteiligten Institutionen in drei deutschen Kommunen (Bremerhaven, Meißen und

München) für alle vorgegebenen fünf Gründungstypen.

Zur Systematisierung wurde die Vielzahl der Gründungsverfahren drei übergeordneten Verfahrenstypen zugeordnet:

- Verfahren im Zusammenhang mit der Unternehmensregistrierung (Gewerbeamt, Finanzamt).

- Verfahren im Zusammenhang mit der GmbH-Gründung (Notar, Kreditinstitut, IHK bzw. HWK, Amtsgericht (Handelsregisterabteilung)).

- Branchenspezifische Gründungsverfahren (z. B. IHK, HWK, Berufsgenossenschaften, Stadtwerke, Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachungsamt).

Während die Verfahren der ersten beiden Kategorien für alle hier betrachteten Unternehmensgründungen zwingend notwendig sind, sind bei der dritten Kategorie Unterschiede je nach Erlaubnis- und Genehmigungspflichten der jeweiligen Unternehmensgründung festzustellen. Da es sich bei den administrativen Gründungsverfahren der in die Untersuchung einbezogenen Gründungstypen jedoch in der Mehrzahl lediglich um einfache Registrierungen (Anzeigepflichten) handelt, wird der gesamte Gründungsprozess nicht wesentlich verzögert.

Nach den Ergebnissen des IfM Bonn dauert eine GmbH-Gründung in Deutschland unter idealtypischen Bedingungen durchschnittlich 6,3 Werktage und verursacht im Durchschnitt Kosten in Höhe

von 792,- c. Die Gründer müssen durchschnittlich neun Verfahren durchlaufen und sieben Institutionen kontaktieren. Die Gründungsdauern verdeutlichen, dass die in der öffentlichen Diskussion und bei Gründungsinteressierten häufig bestehenden pauschalen Vorstellungen von komplexen und langwierigen Gründungsverfahren sich empirisch nicht belegen lassen.

Den größten Einfluss auf Dauer und Kosten der Gründungsverfahren üben rechtsformspezifische Verfahren, insbesondere die Handelsregistereintragung im Zusammenhang mit der GmbH-Gründung, aus.¹ Allerdings kann die landläufige Vorstellung von langwierigen und umständlichen Handelsregistereintragungen nicht bestätigt werden. Der Gründer benötigt in der Regel drei Tage für die rechtswirksame Eintragung in das Handelsregister, sofern er seine Unterlagen vollständig und sachlich korrekt einreicht sowie einen Kostenvorschuss von etwa 150,-€ leistet. Falls der Nachweis über den Kostenvorschuss nicht zeitgleich mit den erforderlichen Unterlagen eingereicht wird, verlängert sich die Verfahrensdauer – selbst wenn nach gesonderter Aufforderung des Amtsgerichts unverzüglich überwiesen wird – um mindestens 10 Tage.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist, dass

zwischen den drei untersuchten Kommunen Bremerhaven, Meißen und München keine grundlegenden regionalen Unterschiede im Hinblick auf Dauer und Kosten sowie Anzahl der relevanten Gründungsverfahren bestehen. Generell kann man in einer kleineren Stadt genauso schnell gründen wie

Auf Basis der von den EU-Mitgliedsstaaten gelieferten Ergebnisse berechnete die Europäische Kommission als arithmetischen Mittelwert für die Gründungsdauer einen Wert von 10,15–12,77 Tage. Die Angabe des Intervalls als Durchschnittswert erklärt sich damit, dass einige EU-Mitgliedssta-

Durchschnittliche Dauer und Kosten der Gründungsverfahren in den drei untersuchten deutschen Kommunen

Gründungstyp	Anzahl der Verfahren	Anzahl der Institutionen	Aggregierter Zeitbedarf (brutto)	Zeitbedarf (netto)	Kosten
1. Hersteller von Stahlprodukten	8	7	8,4 Tage	6,3 Tage	740 €
2. Hersteller von kleinen IT-Komponenten	7	6	8,2 Tage	6,1 Tage	740 €
3. Hotel mit Restaurant	8	7	8,6 Tage	6,1 Tage	784 €
4. Installateur	10	8	10,2 Tage	6,8 Tage	913 €
5. Lebensmittelgroßhandelsunternehmen	10	9	9,2 Tage	6,3 Tage	784 €
Durchschnitt	8,6	7,4	9,2 Tage	6,3 Tage	792 €

© IfM Bonn 2007_99_v-23

in einer Großstadt. Dies zeigt, dass in den Kommunen, so unterschiedlich sie auch sein mögen, die Bemühungen um eine Reduzierung der Gründungsbürokratie gleichsam vorangetrieben wird.

Gründungszeiten und -kosten im europäischen Vergleich

Während die Ergebnisse der Gründungsdauern in Deutschland für sich genommen im positiven Licht erscheinen, kann ein Vergleich mit den Gründungsdauern und -kosten anderer europäischer Staaten eine erste Einschätzung der Ergebnisse geben.

ten keine eindeutigen Angaben zur Dauer und den Kosten der Verwaltungsprozesse getätigt haben, sondern Zeitintervalle angegeben haben (z. B. Spanien 30 bis 40 Tage, Österreich 7 bis 30 Tage). Auch wenn der deutsche Zeitbedarf von 6,3 Tagen etwas oberhalb der EU-Zielvorgabe von 5 Tagen liegt, kann ein potenzieller Unternehmer in Deutschland deutlich schneller gründen als im EU-Durchschnitt.

Bei den Gründungskosten liegt Deutschland hingegen mit durchschnittlich 792,- € über dem EU-Mittelwert von 554,- €. Allerdings

¹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Deutschland nur 14,7 % der Unternehmensgründungen in der Rechtsform der GmbH vollzogen werden (2006). 70,3 % der neuen Unternehmen werden dagegen in der Rechtsform eines Einzelunternehmens gegründet, für die keine rechtsformspezifischen administrativen Gründungsverfahren zu durchlaufen sind.

ist ein Kostenvergleich weniger aussagekräftig als ein Vergleich der Verfahrensdauern, da die unterschiedliche Wirtschaftskraft der EU-Mitgliedsstaaten unberücksichtigt bleibt. Das von der EU-Kommission vorgegebene Kostenziel, das für die Gründungskosten eine Obergrenze von 800,- € vorsieht, wird jedenfalls knapp erreicht, auch wenn die EU-Kommission weitere Kostenreduzierungen empfiehlt. Dieser Empfehlung trägt die Bundesregierung Rechnung, da infolge der geplanten Reform des GmbH-Gesetzes eine deutliche Reduzierung der (rechtsformspezifischen) Gründungskosten zu erwarten ist.

Ausblick

Auch wenn die Gründungsdauern in Deutschland recht positiv zu sehen sind, gibt es durchaus noch Beschleunigungspotenzial. Bei den hier betrachteten Gründungsverfahren handelt es sich in erster Linie um einfache Registrierungen, d.h. Anzeigepflichten, die keiner aufwändigen Prüfung seitens der Verwaltung bedürfen. Bei einer Vielzahl von Existenzgründungen sind darüber hinaus spezielle Genehmigungen für eine Geschäftsaufnahme erforderlich (z. B. die Schankerlaubnis bei Gaststätten mit Alkoholausschank). Diese sind oftmals – bedingt durch umfassende Prüfverfahren und Interaktion von mehreren beteiligten Behörden – mit einem höheren Zeitaufwand verbunden. Durch eine systematische Analyse der Ausgestaltung und Organisation von branchenspezifischen Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Reduzierung oder Abschaffung erforderlicher Genehmigungen oder verbesserter Interaktion von Behörden, könnten Beschleunigungspotenziale eruiert werden.

Neben dem administrativen Verwaltungsaufwand sind die wich-

tigsten Gründe für Verzögerungen im Gründungsprozess Informationsdefizite über die Gründungsverfahren sowie unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, die durch den Gründer eingereicht werden. Die so bedingten Nachforderungen seitens der Administration führen zu unnötigen, da vermeidbaren Verzögerungen und nähren die Vorstellungen einer langwierigen Gründungsbürokratie.

Zur Realisierung von bereits tatsächlich möglichen kurzen Verfahrenszeiten wird den Gründern daher empfohlen, ihr Gründungsvorhaben auch in Hinsicht auf die administrativen Verfahren besser vorzubereiten und von den vielfältigen Informations- und Beratungsangeboten der Wirtschaftskammern und der Behörden verstärkten Gebrauch zu machen. Hilfreich in diesem Zusammenhang sind sicher auch die Bemühungen auf Seiten der Bundesregierung und der öffentlichen Institutionen, die Beratungs- und Genehmigungsleistungen in einem One-Stop-Shop zu bündeln und dem Gründer die Angebote aus einer Hand zu offerieren (http://www.existenz-gruender.de/einfach_gruenden/index.php)

Weitere Informationen zu dem Thema „Dauer und Kosten von administrativen Gründungsverfahren in Deutschland“ finden Sie unter <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=520>

Dr. Annette Icks ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des IfM Bonn. Ihre Forschungsschwerpunkte sind kommunale Wirtschaftsförderung und kommunale Verwaltung, administrative Belastungen, Gründungsförderung, Unternehmenskooperationen und regionale Netzwerkbeziehungen sowie Qualifizierung und Ausbildung.

Michael Holz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des IfM Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte sind international vergleichende Mittelstandsforschung, KMU- und Gründungsförderpolitik, administrative Belastungen, Business Support Services, Unternehmensgründungen sowie Unternehmensdemographie.

Thilo Harth/Wichard Woyke
Die Europäische Union konkret
Verlag Barbara Budrich Opladen
2008, 156 S., 12,90 €, ISBN 978
3 86649 149 6



Mit der Einigung auf die neuen Grundlagenverträge auf dem Gipfel in Lissabon 2007 hat die EU nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages

wieder eine tragfähige Basis für ihre weitere Entwicklung erhalten. Dabei ist für die Weiterentwicklung der EU die Wahrnehmung und Mitwirkung durch die europäische Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Ob die Menschen diesen Prozess mittragen, hängt nicht zuletzt von der Kenntnis über die EU und dem Verständnis für die einzelnen Umsetzungsschritte des europäischen Einigungsprozesses ab. Das komplizierte Reformwerk von Lissabon macht es den Bürger/innen in Europa nicht gerade leicht, europäische Politik und den Prozess der europäischen Integration zu verstehen. Anhand von zwölf Grundfragen wird im vorliegenden Buch die Qualität des europäischen Integrationsprozesses überprüft. Ziel ist, die konkrete Bedeutung dieses Prozesses für die Menschen verständlich darzustellen. Einige wesentliche Stichworte dabei sind: Welche grundlegenden Errungenschaften, aber auch welche Schwierigkeiten sind immer wieder mit dem europäischen Integrationsprozess verbunden? Welche Bedeutung haben Frieden, Wohlstand und Identität für das Gelingen des europäischen Projekts? Welche Veränderungen entstehen für Europa durch die Osterweiterung, durch die Globalisierung? Wie sollen die Beziehungen der EU zu den USA, zu Russland, zur Islamischen Welt gestaltet werden? Welche Aufgaben bleiben den Nationalstaaten, welche Probleme lassen sich besser im Rahmen der EU lösen? Welche Auswirkungen hat die Union schon heute ganz unmittelbar auf das Leben ihrer Bürger/innen? (jk)